

SPD Flensburg fordert den Erhalt der Justizvollzugsanstalt in Flensburg.

Den Plänen des Justizministeriums die Justizvollzugsanstalt Flensburg zu schließen, erteilt der SPD-Kreisverband Flensburg eine klare Absage.

Als in Anfang der 90`iger Jahre der Bundeswehrstandort Flensburg erheblich verkleinert wurde, war es erklärtes Ziel aller Landesregierungen, Landeseinrichtungen in Flensburg zu erhalten.

„Daher kann es nicht zur einer Schließung der JVA Flensburg, mit dem verbundenen Wegfall von 42 qualifizierten Arbeitsplätzen kommen“ so Kreisvorsitzender Helmut Trost.

Nach Auffassung der Flensburger SPD sind kleine Vollzugsanstalten an den Landgerichtsstandorten wichtig, damit ein geordnetes Gerichtsverfahren durchgeführt werden kann. „Dabei darf auch der Kontakt zu den Angehörigen nicht durch lange Fahrwege verloren gehen und bei den Entlassungsvorbereitungen muss es einen engen Kontakt zu den sozialen Diensten vor Ort geben“ betont Helmut Trost und weiter: „Wenn zu dem noch Polizeikräfte für den Transport von Gefangenen gebunden werden, leidet auch die Sicherheit insgesamt.“

Die Flensburger SPD fordert Justizminister Schmalfuß auf, zu seinem gegebenen Wort zu stehen, und die JVA Flensburg nicht zu schließen.